

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 17. Juni 2011, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk

CDU: Gottschlich, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Dr. Röder, Röhrkohl, Schaffner, Stompfe, Stötzel, Vaupel

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Schäfer, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz

Marburger Linke: Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske

FDP: Sawalies, Wüst

MBL: Becker, Dr. Uchtmann

BFM Suntheim-Pichler

PIRATEN Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald

Es fehlten entschuldigt:

Stadtverordnete Kaufmann (CDU-Fraktion), Ehrenamtlicher Stadtrat Stürmer

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt der Stadtverordnetenvorsteher neue Stadtverordnete:

Dr. Claudia Röder (CDU), nachgerückt für Anne Oppermann
Stefan Muth (CDU), nachgerückt für Friedrich Reinhard
Thorsten Büchner (SPD), nachgerückt für Dr. Marlis Sewering-Wollanek
Martina Dirmeier (SPD), nachgerückt für Ursula Schultze-Stampe
Peter Hesse (SPD), nachgerückt für Barbara Mertins
Dagmar Daser (SPD), nachgerückt für Klaus Sprywald.

Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht für die kommende Zeit eine gute Zusammenarbeit.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Mai 2011 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen dringliche Anträge vor:

1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte VO/0306/2011

Der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Der Stadtverordnetenvorsteher spricht gegen die Dringlichkeit. Der Stadtverordnetenvorsteher verweist darauf, dass ein inhaltlich gleicher Antrag bereits in der vergangenen Legislaturperiode beraten wurde. Es wurde vereinbart, die Angelegenheit in dieser Legislaturperiode aufzugreifen und in Zusammenarbeit mit allen Ortsbeiräten neu zu beraten. Auch der Ältestenrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung dafür ausgesprochen, die Vorlage an die Ortsbeiräte mit der Bitte um Stellungnahme zu überweisen.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktionen Marburger Linke, FDP, MBL, BFM und Piraten die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Klinik Sonnenblick VO/0305/2011

Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht die Stadtverordnete Sell (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Schließung der Geschäftsstelle Einhausen der Volksbank Mittelhessen VO/0315/2011

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet hat der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung einvernehmlich vereinbart, die Vorlage als TOP 21.1 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 21.1 in die heutige Tagesordnung aufgenommen.

4. Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Mautpflicht B3/B3a VO/0314/2011

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet hat der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung einvernehmlich vereinbart, die Vorlage als TOP 21.2 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 21.2 in die heutige Tagesordnung aufgenommen.

5. Dringlicher Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Hilfe und Unterstützung für Arbeitslose verbessern - sachgerechte Reform der Instrumente in der Arbeitsförderung statt einseitiger Kürzungspolitik - kommunale und regionale Akteure stärken - keine Operation düstere Zukunft II in der Arbeitsmarktpolitik VO/ 0316/2011

Der Stadtverordnete Rink (SPD) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stötzel (CDU). Zur Sache

spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Dringlichkeit.

Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

6. Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Prüfung des Verhaltens des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg im Zusammenhang mit der Veruntreuung in der Beihilfestelle durch den Regierungspräsidenten VO/0317/2011

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktionen von CDU, FDP, MBL, BFM und Piraten die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

7. Dringlicher Antrag der FDP-Fraktion betr. Vermögensverluste der SEG VO/0319/2011

Der Stadtverordnete Wüst (FDP) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Zur Sache spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der FDP, MBL, Marburger Linke und Piraten die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Fachausschüssen angemeldeten Aussprachen. Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den TOP 22.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stelle eines Sozialplaners VO/0297/2011 heute nicht zu vertagen und wie vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlen an den Sozialausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Der Antrag soll auf der Tagesordnung verbleiben und entschieden werden. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke, CDU, FDP, BFM und Piraten den Geschäftsordnungsantrag der Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Gegen den

Geschäftsordnungsantrag sprechen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit hat sich die Mehrheit für die Überweisung der Vorlage an den Sozialausschuss ausgesprochen.

Der Antrag wird heute nicht beraten.

Weiterhin zu Tagesordnung erkundigt sich der Stadtverordnete Becker (MBL) nach der Vertagung der verschiedenen Wahlvorlagen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass dies in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates so vereinbart wurde.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 1 06/2011) Vorlage: VO/0320/2011**

In letzter Zeit gibt es vermehrt Klagen blinder und anderer behinderter Menschen, dass in den städtischen Bussen die für Behinderte reservierten Sitzplätze nicht freigehalten werden und dass auch von Seiten der Busfahrer wenig unternommen wird, um diese Sitze bei Bedarf frei zu machen. Kann der Magistrat darauf hinwirken, dass diese Problematik bei den Stadtwerken geprüft wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Weder dem Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Marburg GmbH, noch der Stadtwerke Marburg Consult GmbH, die sich um das Beschwerdemanagement im ÖPNV der Stadt Marburg kümmert, sind derartige Klagen bisher zur Kenntnis gebracht worden. In Anbetracht des sehr hohen Anteils von Schwerbehinderten an den Fahrgästen, die die Stadtbusse benutzen, wird in der Ausbildung des Fahrpersonals ein Schwerpunkt auf den Umgang mit dieser Kundengruppe gelegt.

Die für Schwerbehinderte vorgesehenen Sitzplätze werden im praktischen Betrieb nicht freigehalten, da nicht auf jeder Fahrt Schwerbehinderte befördert werden. Das Fahrpersonal kann Fahrgästen Sitzplätze zuweisen, wenn der für Schwerbehinderte vorgesehene Platz von anderen Fahrgästen nicht freigegeben wird. In den meisten Fällen ist dies nicht erforderlich, da sich die Fahrgäste untereinander verständigen und ggf. den Platz zugunsten eines behinderten oder auch mobilitätseingeschränkten Fahrgastes räumen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch

den Oberbürgermeister und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 2 06/2011)
Vorlage: VO/0321/2011**

Für wann rechnet der Magistrat vor dem Hintergrund des schleppenden Bauverhaltens der DB und möglicher weiterer Bauhemmnisse nunmehr mit der Fertigstellung der Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des Marburger Hauptbahnhofs?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die verschiedenen Bereiche des Projektes sind folgende Bauzeiten vorgesehen:

1. Umbau des Empfangsgebäudes

Das unter Denkmalschutz stehende Bahnhofsgebäude wird saniert und umstrukturiert.

Hierzu werden seitens der GeWoBau die bisher weitgehend leer stehenden Obergeschosse zu Gewerbe-, Büro- und Praxisflächen umgebaut.

Laut Auskunft der GeWoBau liegen die Arbeiten im Zeitplan, ein Abschluss ist für Ende Juni 2012 vorgesehen.

Zudem wird seitens der Deutschen Bahn das Erdgeschoss des Empfangsgebäudes aufgewertet, so dass zukünftig den Reisenden und Bahnhofsbesuchern ein verbessertes Angebot mit einem klassischen Branchenmix für Reisendenbedarf und Gastronomie zur Verfügung stehen wird. Entsprechend der Auskunft des zuständigen Mitarbeiters besteht seitens der DB großes Interesse, die Maßnahme schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Die Arbeiten sollen bis spätestens Ende 2012 abgeschlossen werden, eine kürzere Bauzeit wird aber angestrebt.

2. Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Marburg

Die Verkehrsstation mit Bahnsteigen und Unterführung wird modernisiert und barrierefrei erschlossen. Hierfür werden die Bahnsteiganlagen erhöht, Aufzugsanlagen sowie ein Orientierungssystem für blinde und sehbehinderte Verkehrsteilnehmer eingebaut.

Zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs wurde seitens der DB mitgeteilt, dass die Arbeiten voraussichtlich erst gegen Ende 2013 abgeschlossen werden können. Ein Grund für die verlängerte Bauzeit ist die Tatsache, dass immer wieder Sperrpausen eingehalten werden müssen, die durch Arbeiten an anderen Bahnhöfen oder durch Gleisarbeiten der DB Netz AG notwendig werden. Anders als im Bahnhofsgebäude selbst, kann aus diesem Grund an den Bahnsteigen nicht kontinuierlich gearbeitet werden.

3. Umgestaltung und verkehrliche Neuordnung des Bahnhofsvorplatzes in Marburg

Das Bahnhofsvorplatzprojekt besteht aus den drei Teilmaßnahmen Neugestaltung des Abschnittes Ernst-Giller-Straße/Mauerstraße, Sanierung der Elisabethbrücke inkl. Umgestaltung des Knotenpunktes Krummbogen sowie Neugestaltung des eigentlichen Bahnhofsvorplatzes.

Die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt liegen im Zeitplan, der Abschluss der

Arbeiten des zweiten Bauabschnittes wird aufgrund der notwendigen Arbeiten an der Elisabethbrücke voraussichtlich erst Mitte 2013 erfolgen. Die Gesamtmaßnahme soll aber wie geplant Ende 2014 abgeschlossen werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 3 06/2011)
Vorlage: VO/0322/2011**

Wie beurteilt der Magistrat die Tatsache, dass am 1. Mai, dem Gedenk- und Protesttag der internationalen Arbeiterbewegung, die angemeldete Zwischenkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf dem Marktplatz durch großflächige Bänke und Tische aus dem Gaststättengewerbe beeinträchtigt wurde und welche Konsequenzen werden darauf für die nächsten Jahre gezogen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die organisatorische Durchführung einer Demonstration liegt in der Verantwortung des Veranstalters. Die Ordnungsbehörde hat ausschließlich sicherheitsrelevante Aspekte zu berücksichtigen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund konnte in den Vorjahren, so auch am 01.05.2010, seine Zwischenkundgebung überwiegend auf der noch nicht abgebauten Bühne der Veranstaltung des Vortages abhalten.

In diesem Jahr war die Bühne, ohne dass der Veranstalter die Ordnungsbehörde informiert hatte, bereits abgebaut, so dass bei Eintreffen der Kundgebungsteilnehmer auf dem Marktplatz kurzfristig ein neuer Standort für den Redebeitrag gesucht werden musste. Der Redebeitrag wurde oberhalb der Treppen vor der Oberstadtwache abgehalten.

Sofern der DGB in den nächsten Jahren seine Zwischenkundgebung an dieser Stelle erneut abhalten möchte, ist der FD Ordnung rechtzeitig vom Veranstalter zu informieren, um notwendige Maßnahmen einleiten zu können.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 4 06/2011)
Vorlage: VO/0323/2011**

Das Deserteursdenkmal in der Frankfurter Straße befindet sich in einem unangemessenen Zustand. Der Raum um die Skulptur sieht vernachlässigt aus und das ganze Ensemble wird dem Sinn einer Gedenkstätte nicht gerecht. Was gedenkt der Magistrat in dieser Hinsicht - neben der regelmäßig nötigen Reinigung - grundsätzlich zu unternehmen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Einschätzung des Antragstellers wird nicht geteilt. Standort und Gestaltung der Gedenkstätte werden als angemessen und aussagekräftig empfunden. Insofern sehen wir keinen grundsätzlichen Handlungsbedarf. Die Reinigung ist bisher anlassbezogen erfolgt. Der Antrag wird zum Anlass genommen, hier auf eine regelmäßige Reinigung der Anlage hinzuwirken.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) und Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 5 06/2011)
Vorlage: VO/0324/2011**

Wann gedenkt der Magistrat die Sanierung der sehr stark geschädigten und deshalb gefährlichen Fußgängerunterführung zwischen Blitzweg und Schülerpark zu sanieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die betreffende Fußgängerunterführung und die Auf- und Abgänge sind in ordnungsgemäßen Zustand und werden regelmäßig kontrolliert und gereinigt. Vorhandene Durchfeuchtungen, Verschmutzungen und Beschmierungen beeinträchtigen die Verkehrssicherheit nicht und können nur mit erheblichem Kostenaufwand beseitigt werden.

Davon möchte der Magistrat zunächst absehen, da die zur Verfügung stehenden Mittel für dringendere Sanierungsmaßnahmen benötigt werden. Eingriffe in die Bausubstanz sind nur mit Zustimmung der Deutschen Bahn AG möglich, da die Konstruktion der Bahn gehört.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 6 06/2011)
Vorlage: VO/0325/2011**

Weshalb werden den Stadtverordneten regelmäßig zahlreiche Informations- und Einladungsschreiben in ausgedruckter Form per Post zugestellt? Die dafür entstehenden Kosten für Papier und Porto sind unnötig, da die Kommunikation per E-Mail nicht nur schneller, sondern auch günstiger und vor allem ökologisch verträglicher ist. Bestehen bereits Bestrebungen zur Reduzierung entsprechender Schreiben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Kleinen Anfrage stellt sich die Frage, welche Art der Informations- und Einladungsschreiben der Fragesteller meint. Sollte der Fragesteller die Zustellung von allgemeinen Informationen bzw. Einladungen meinen, so kann gesagt werden, dass hier eine elektronische Zustellung durchaus Sinn machen kann und zu Portoeinsparungen und Zeitersparnis führen kann. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass die Stadtverordneten damit einverstanden sind. Eine Garantie für die Zustellung an den Adressaten kann die Verwaltung jedoch nicht abgeben.

Angemerkt sei außerdem, dass der Empfänger bei einem reinen elektronischen Versand einen gewünschten Papierausdruck selbst in die Wege leiten muss.

Sollte der Fragesteller allerdings die Zustellung der Unterlagen für die Ausschuss-Sitzungen und die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung meinen, ist die Beantwortung der Kleinen Anfrage nicht in wenigen Sätzen zu beantworten. Hier eine grundsätzliche Anmerkung:

Eine Zustellung der Einladungen und sonstigen Unterlagen für die Sitzungen der Ausschüsse und Stadtverordnetenversammlung in elektronischer Form ist nur unter Beachtung der Regelung des § 58 HGO möglich.

Durch das zweite Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften vom 21.03.2005 (GVBl. I S. 218) wurde den Gemeinden zwar erlaubt, z. B. bei der Einberufung zu den Sitzungen der Gemeindevertretung (§ 58 Abs. 1 HGO) von der Schriftform abzuweichen und auf die elektronische Form (E-Mail) überzugehen, allerdings nur in Verbindung mit der qualifizierten elektronischen Signatur. Diese Form der Signatur ist jedoch weder bei der Stadtverwaltung Marburg vorhanden, noch ist davon auszugehen, dass sie bei den Stadtverordneten vorhanden ist. Inwieweit hier in naher Zukunft eine gesetzliche Änderung herbeigeführt wird, kann aus heutiger Sicht nicht gesagt werden.

Somit ist eine ausschließliche elektronische Zustellung der Sitzungsunterlagen zurzeit nicht möglich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 7
06/2011)
Vorlage: VO/0326/2011**

Nach Angaben der deutschen Umweltstiftung sind viele deutsche Banken und Sparkassen stark in der Atomwirtschaft engagiert. Neben der Deutschen Bank, die hier das größte Engagement hat, hätten auch viele andere Institute in diesem Bereich finanzielles Engagement. „Selbst bei Sparkassen und Raiffeisenbanken ist von Atomengagements auszugehen, da dies bislang große Renditen versprochen und es in den Richtlinien der Banken nicht ausgeschlossen wird“, so die DUH.

Ist dem Magistrat bekannt oder kann es in Erfahrung bringen, wie sich die Situation bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf und bei der Volksbank Mittelhessen darstellt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Sparkasse Marburg Biedenkopf und die Volksbank Mittelhessen sind angeschrieben worden. Nachfragen von den Banken wurden telefonisch erörtert.

Das Ergebnis (Stand 2011-06-17, 12:05 Uhr)

Sparkasse Marburg-Biedenkopf:

Die Anfrage wird bearbeitet, die Antwort folgt.

Volksbank Mittelhessen

Die Volksbank Mittelhessen stellt ihre Leistungen nach dem in der Satzung verankerten Regionalprinzip diskriminierungsfrei allen Menschen, Vereinigungen und Unternehmen unserer Region zur Verfügung. Sie unterhält Beteiligungen an Unternehmen der genossenschaftlichen Finanzgruppe (Fiducia, Bausparkasse Schwäbsich Hall, DZ-Bank, R+V).

Verbleibt ein Überschuss der eingesammelten Spargelder gegenüber den vergebenen Krediten, legen wir diese Gelder bei der Bundesbank, unserer Zentralbank und am freien Markt an. Bei der Allokation des Vermögens wenden wir die aufsichtsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Kriterien der Risikostreuung, der Transparenz, der maßvollen Fristentransformation und des Ertrages an. Überwiegende Anlageinstrumente sind dabei Anleihen der öffentlichen Hand, Pfandbriefe, Immobilienfonds und zu einem geringeren Teil Unternehmensanleihen.

Aktuell hält die Volksbank Mittelhessen weder direkte Aktienbeteiligungen noch Anleihen großer Energiekonzerne. Indirekt, also über Fondsanteile, ist die Volksbank Mittelhessen mit einem geringen Betrag von weniger als 0,1 % der Bilanzsumme in Anleihen großer europäischer Energiekonzerne investiert. Damit liegen die direkten und indirekten Investments deutlich unter den Schwellenwerten gängiger Nachhaltigkeitsfilter (z.B. von Kirchenbanken etc.).

Die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder ist der Kern unseres Auftrages. Er manifestiert sich beispielsweise durch die verlässliche Kreditversorgung der heimischen Unternehmen und privaten Haushalte. So hilft die Volksbank Mittelhessen, Entscheidungsgewalt und Wohlstand in unserer Region zu erhalten bzw. zu schaffen. Wie wichtig unsere Genossenschaft für die Region Mittelhessen ist, zeigte sich jüngst beim Rückzug der Kreditbanken im Zuge der Finanzkrise.

In Sachen **erneuerbare Energien** bzw. dezentrale Energieerzeugung begleiten wir aktiv die Gründung und Finanzierung entsprechender Genossenschaften. Als sehr erfolgreiches

Beispiel der Vergangenheit sei an dieser Stelle das Bio-Energiedorf Oberrospe genannt. Derzeit gibt es zwei neue Vorhaben in der Region, die beide durch die Volksbank Mittelhessen unterstützt werden.

Sobald weitere Antworten vorliegen, werden die Stadtverordneten informiert

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Uchtmann (MBL) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

06/2011)

Vorlage: VO/0327/2011

Welche Projekte sind seit Gründung der Region Marburger Land für Marburger Stadtteile beantragt und gefördert worden? Wie hoch waren die in der Region eingesetzten Mittel insgesamt und woher kamen sie?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Region Marburger Land wurden für die kleineren Marburger Außenstadtteile (nur diese sind Teil der Region) folgende Projekte beantragt und bewilligt:

- Innenentwicklung als Modellprojekt für die Region
- Umgestaltung Elisabethbrunnen und Umfeld

- Lahnwanderweg (Teilabschnitt); Projekt der Region insgesamt
- Kletterpark
- Marketingmaßnahmen für die Region Marburger Land und ihre 50 Ortsteile in der Startphase der Region (Homepage, Flyer etc.)

Die in der Region Marburger Land insgesamt bislang beantragten und bewilligten Mittel belaufen sich auf 207.000 €, die im Wesentlichen aus EU-Mitteln stammen. Hierzu kommen Mittel ebenfalls der EU sowie des Landes Hessen aus dem Leader-Programm in Höhe von je 75.000 €. Außerdem wurde die Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Vorfeld der Regionsbildung mit 35.000 € gefördert. Insgesamt wurden mit den Fördermitteln Projekte in Höhe von ca. 605.000 € initiiert.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Wiegand (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 9 06/2011)
Vorlage: VO/0328/2011

Das Freizeitgelände in Höhe des Afföller Wehrs wird inzwischen gut angenommen. Kann die DBM-Dezernentin dafür Sorge tragen, dass dort ausreichend große öffentliche Müllgefäße aufgestellt werden und diese häufig genug geleert werden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bei dem o. g. Gelände handelt es sich um einen von der Stadt Marburg gepachteten Grünflächenbereich entlang der Lahn. Diese Fläche wird vom Fachdienst Grünflächen, Umwelt und Natur betreut.

DBM hat sich daher mit dem zuständigen Fachdienst in Verbindung gesetzt und wird kurzfristig entsprechende Papierkörbe aufstellen und für die notwendige Leerungshäufigkeit sorgen.

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 10 06/2011)
Vorlage: VO/0329/2011**

Kann am Freizeitgelände am Afföller Wehr außerdem eine Station für Hundekotbeutel aufgestellt werden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

DBM stellt eine Hundekotbeutelstation im Zugangsbereich zu dem Gelände in Höhe der Fischtreppe auf.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Pfalz (CDU), Wüst (FDP) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 11 06/2011)
Vorlage: VO/0330/2011**

Warum wurde vor dem Eingangsbereich der Marburger Feuerwehr am Erlenring im September 2010 die Überwachungskamera abgebaut?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der behördlichen Videoüberwachung von Plätzen und Gebäuden gelten die gesetzlichen Bestimmungen aus dem HSOG.

Nach §14 Abs. 4 HSOG kann mittels Bildübertragung beobachtet werden:

1. Zur Sicherung öffentlicher Straßen und Plätze, auf denen wiederholt Straftaten begangen worden sind, sofern tatsächliche Anhaltspunkte für weitere Straftaten bestehen.
2. Zum Schutz besonderer gefährdeter öffentlicher Einrichtungen.
3. Zur Steuerung von Anlagen zur Lenkung oder Regelung des Straßenverkehrs.

Nach Auffassung des hessischen Datenschutzbeauftragten gehören die Feuerwehren nicht zur Kategorie der besonders gefährdeten Gebäude wie beispielsweise Polizei oder Staatskanzlei.

Bei der Einrichtung einer behördlichen Kameraüberwachung ist eine Vorabkontrolle durch den Datenschutzbeauftragten durchzuführen. Am 19.08.2010 wurde diese Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragte der Stadt Marburg auf der Hauptfeuerwache durchgeführt. Die Überprüfung ergab, dass die Anzahl und die Positionen der Kameras auf der Hauptfeuerwache nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Daraufhin wurden fünf der acht Kameras abgebaut. Ebenfalls wurden Hinweisschilder auf dem Gelände angebracht, die auf die Überwachung hinweisen. Des Weiteren wurde eine Verfahrensbeschreibung nach § 6 des Hessischen Datenschutzgesetzes (HSDG) erstellt.

Somit entspricht die jetzige Kameraüberwachung auf der Hauptfeuerwache den

geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Auflagen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Becker (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 06/2011)
Vorlage: VO/0344/2011**

Im Bereich Ufer-, Savigny-, Heusinger-, Biegen- und Deutschhausstraße sind in den vergangenen Jahren Baugenehmigungen erteilt worden, die dem festgesetzten Maß der baulichen Nutzung (GRZ und GFZ) erheblich entgegenstehen. Siehe auch Antrag der Marburger Linken vom 04.01.2011. Um welche Wohneinheiten hat es sich dabei gehandelt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wir gehen davon aus, dass der Fragesteller den Zeitraum der vergangenen 20 Jahre meint. Der Bebauungsplan 1/30a stammt aus dem Jahr 1969. In dem Blockbereich Savigny-, Heusinger-, Biegen- und Deutschhausstraße sind in den Neubauten insgesamt 51 Wohnungen beantragt oder genehmigt.

Heusingerstraße 7	14 Wohnungen	(genehmigt 15.09.2005)
Uferstraße 22	4 Wohnungen	(genehmigt 30.11.2007)
Savignystraße 3 u. 5	23 Wohnungen	(genehmigt 21.04.2010)
Biegenstraße 25 a	10 Wohnungen	(beantragt)

Summe 51 Wohnungen

Für die Baugenehmigungen waren Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 1/30a erforderlich. Den Befreiungen hat das Regierungspräsidium Gießen mit zwei Verfügungen jeweils vom 07.03.2011 zugestimmt.

Die Befreiungen im Einzelnen:

Für den Blockbereich Ufer-, Savigny- und Heusingerstraße

GRZ:	zulässig:	0,25	genehmigt:	0,44
GFZ:	zulässig:	1,00	genehmigt:	1,33
Geschosse:	zulässig:	IV	genehmigt	V für ein Eckgebäude
Bauweise:	zulässig	g	genehmigt	o für das Gebäude

Heusingerstr. 7,

Für die Biegenstraße 25 a

GRZ:	zulässig:	0,30	beantragt:	0,36
------	-----------	------	------------	------

GFZ: zulässig: 1,00 beantragt: 1,20

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 13 bis Nr. 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5 Einführung und Verpflichtung des Oberbürgermeisters
Vorlage: VO/0303/2011

Der Stadtverordnetenvorsteher bezieht sich auf die gesetzlichen Vorschriften und erläutert die Vorlage.

Oberbürgermeister Egon Vaupel wurde in der Direktwahl am 27. März 2011 von den Bürgerinnen und Bürgern der Universitätsstadt Marburg erneut zum

Oberbürgermeister für die Amtszeit vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2017 gewählt.

Der Stadtverordnetenvorsteher führt Oberbürgermeister Vaupel gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung durch Handschlag in öffentlicher Sitzung in sein Amt ein und verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben. Anschließend verliest der Vertreter im Amt, Bürgermeister Dr. Kahle, die Urkunde über die Berufung in das Amt und händigt sie aus.

Der Oberbürgermeister bedankt sich in einer kurzen Ansprache für das erneut ausgesprochene Vertrauen und wünscht eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 16:45 Uhr bis 17:00 Uhr.

In der Pause werden Ortsvorsteherin Erika Lotz-Halilovic, Stadtteil Richtsberg, und Ortsvorsteher Host Mania, Stadtteil Moischt, zu Ortsvorstehern ernannt und vereidigt. Weiterhin wird die ausgeschiedene Ortsvorsteherin Christine Dersch, Stadtteil Ginseldorf, verabschiedet.

zu 6 Haushalt 2010/2011 - I. Nachtragshaushaltssatzung 2011 -
Schlussabstimmung -- Tischvorlage --

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Die erste Nachtragshaushaltssatzung 2011 wurde vom Haupt- und Finanzausschuss ausführlich beraten.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Allen Stadtverordneten liegen als Tischvorlage vor:

1. Liste I - vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlene Anträge

2. Liste II - vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlene Anträge

3. Gesamtvorlage zum Nachtragshaushalt 2011 - Haushaltssatzung

Aussprache wurde im Haupt- und Finanzausschuss angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Rink (SPD), Stompfe (CDU), Götting (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke), Wüst (FDP), Becker (MBL), Severin (SPD), Köster (Marburger Linke) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht als Kämmerer Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18:30 Uhr bis 18:48 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Es folgen die Abstimmungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zunächst die **Liste II** zur Abstimmung auf.
Die Liste 2 beinhaltet die zur Ablehnung empfohlenen Anträge zum Entwurf des Nachtragshaushalts.

Der Stadtverordnete Stötzel (CDU) beantragt, über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der CDU-Fraktion jeweils einzeln abzustimmen.

Abstimmung über die von Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Anträge der CDU-Fraktion

Produkt 242010 Förderung des Sports
Nr. 7128310 Zuschüsse zur Förderung des Sports
b) Sportkreis + 2.500 €
c) Sportverein + 20.000 €

Die Förderung des Sports soll ausgebaut werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL, BfM und Piraten gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Produkt 332110
Nr. 6139000 Sicherheitsdienste
+ 30.000 € (nicht im Entwurf vorgesehen)

Der Sicherheitsdienst in Marburg Mitte und auf den Lahnwiesen soll zur Erhöhung der Sicherheit ausgeweitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL und BfM, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP und Piraten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Produkt 242010
Nr. 1650.019.0 Sporthalle Michelbach
Veränderung aus dem Nachtrag streichen
Die Maßnahme soll nicht verschoben werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP, MBL, BfM und Piraten gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Produkt 2420
aus dem Investitionsprogramm:
Planungskosten 4-Felder-Halle 100.000 € in 2011 Finanzhaushalt neu
einstellen
VE 2,5 Mio. € neu einstellen

Der Neubau soll - abweichend von der bisherigen Planung - vorangetrieben werden, damit hernach die Sanierung der Richtsberghalle erfolgen kann und so Kapazitätsengpässe möglichst vermieden werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL und Marburger Linken, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP, BfM und Piraten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Produkt 660
in Investitionsprogramm neu aufnehmen
Sanierung Alte Schule Ockershausen
b) 2012: 500.000 €
c) 2013: 650.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, und BfM gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP, MBL und Piraten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Produkt 241030
Nr. 1650.021.9 Umgestaltung Stadthalle
bei Bemerkungen: 800.000 € für Planungskosten Neubau

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, BfM und Piraten sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über die von Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Anträge der Fraktion Marburger Linke

Gewerbesteuer
Produktnummer 120020
Bezeichnung: Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Unterlagen
Kontonummer 5553000
Ansatz Marburger Linke: 82.500.000 €

Beschluss:
Der Gewerbesteuerhebesatz im § 5 der Haushaltssatzung wird auf 420 v. H. festgesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Entgelt Kindertagesstätten
Produkt 515810
Bezeichnung: Kindertagesbetreuung
Kontonummer 5111500
Ansatz Marburger Linke 0

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Kindergartengebühren
Produkt 515810
Bezeichnung: Kindertagesbetreuung
Kontonummer 7128221
Bezeichnung Zuschüsse an Tageseinrichtungen freier Träger
Marburger Linke 9.847.470,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Personalbudget
Über alle Produkte hinweg werden die Personalausgaben um 1 Millionen Euro aufgestockt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtpass
Produkt 550020
Bezeichnung: Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege und soziale Leistungen
Kontonummer 7128211
Marburger Linke 760.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und einer Ja-Stimme der MBL (Stadtverordneter Becker), einer Enthaltung aus der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Bildungspaket
Produkt 550020
Bezeichnung: Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege und soziale Leistungen
HHAnsatz Marburger Linke 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtmuseum
100.000 € Planungskosten

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, CDU, MBL, FDP und BfM, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

4-Felder-Halle

Beschluss:

In den Haushalt werden 200.000 € Planungskosten für eine 4-Felder-Halle eingestellt. Weitere 500.000 € für Kosten, die noch in diesem Jahr anfallen könne. Für die Jahre 2012 wird eine Verpflichtungsermächtigung von 4.500.000 € eingestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, CDU, BfM und FDP gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei sowie bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zukunftspaket Energiewende
Produktbeschreibung Produkt 120000
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Die Stadt Marburg gewährt den Stadtwerken Marburg ein Darlehen von 5.000.000 €.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungsantrag Nachtragshaushalt Marburger Linke "Alte Schule"
Umbau- und Modernisierungsmaßnahme an und in der Gemeinschaftseinrichtung "Alte Schule", der geschätzte Betrag von 500.000 € wird in den Nachtrag eingestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über die von Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Anträge der MBL-Fraktion

Studier-Mal-Marburg Produkt 110550	- 79.000,00 €
---------------------------------------	---------------

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von MBL und Piraten Partei, Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Machbarkeits-/ und Wirtschaftlichkeitsstudie Seilbahn Produkt 666010	+ 50.000,00 €
---	---------------

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL, Enthaltung von FDP und einer Enthaltung aus der Fraktion Marburger Linke sowie Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Über die nachfolgenden Anträge der MBL-Fraktion wird in einer Beschlussfassung abgestimmt:

Sicherheit in Marburg Stellenplan 2 neue Stellen für "Hilfspolizisten"	+ 80.000,00 €
--	---------------

Botanischer Garten Allgemeiner Zuschuss	+ 5.000,00 €
--	--------------

Förderverein Botanischer Garten Allgemeiner Zuschuss	+ 1.000,00 €
---	--------------

1000 Bäume für die Innenstadt	- 100.000,00 €
Planungskosten Nordstadt	+ 30.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Piraten, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die **Liste I** zur Abstimmung auf:

Zusammenstellung der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge.

Die CDU-Fraktion beantragt, folgende Positionen einzeln abzustimmen:

Antrag SPD und Bündnis 90/Die Grünen Verkehrskonzept Lahnberge Produktnummer I613.001.1	+ 100.000,00 €
---	----------------

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einer Ja-Stimme der Fraktion Marburger Linke, sowie bei Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM und Piraten und den übrigen Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung über die sonstigen Anträge der Liste I, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, BfM und Piraten gegen die Stimmen der MBL-Fraktion und bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Die restlichen Anträge der Liste I, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden, werden beschlossen.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die **Gesamtvorlage zum Nachtragshaushalt 2011, 1. Nachtragshaushaltssatzung**, abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen und Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Aufgrund der § 114a ff. HGO wird die folgende erste Nachtragshaushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen.

**I. Nachtragshaushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr 2011**

Aufgrund des § 114e der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), hat die Stadtverordnetenversammlung am 17.06.2011 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
<u>beim ordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge	13.891.00 0		161.881.000	175.772.000
die Aufwendungen	5.895.000		169.865.000	175.760.000
<u>beim außerordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge	3.775.000	0	0	3.775.000
die Aufwendungen				
b) im Finanzhaushalt				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen	2.915.950		4.011.690	6.927.640
<u>aus Investitionstätigkeit</u>				
die Einzahlungen	9.057.700		10.418.000	19.475.700
die Auszahlungen	14.003.00 0		30.071.000	44.074.000
<u>aus Finanzierungstätigkeit</u>				
die Einzahlungen		15.172.400	19.653.000	4.480.600

die Auszahlungen	601.200	3.286.000	3.887.200
------------------	---------	-----------	-----------

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 19.653.000 € um 15.172.400 € vermindert und damit auf 4.480.600 € neu festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	0 €
Abteilung B	2.566.000 €
Abteilung C	1.500.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.200.000 €

festgesetzt.

Diese Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2011	0 €
2012	0 €
2013	1.000.000 €
2014	0 €
2015	1.200.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 18.190.000 € um 3.895.000 € erhöht und damit auf 22.085.000 € neu festgesetzt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

Die inzwischen vom Haupt- und Finanzausschuss im Vorgriff auf zukünftige Stellenpläne beschlossenen Stellenfreigaben werden in den Stellenplan 2012 aufgenommen.

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 wird im Fachdienst 14 -Prüfungsamt- eine zusätzliche Vollzeitstelle für den Bereich IT-Prüfungen, insbesondere im Finanzbereich, eingerichtet.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2011 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 2010 werden nicht geändert.

§ 8

Sperren

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2011 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 2010 werden nicht geändert.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2011 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 2010 werden nicht geändert.

2. Die daraus sich ergebenden Veränderungen in der mittelfristigen Finanzplanung und im Investitionsprogramm werden nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aktualisiert.

zu 8 Bauliche Erweiterung und Umstrukturierung des Erwin-Piscator-Hauses
Vorlage: VO/0191/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Rahmen der Beratung sprechen Stadträtin Dr. Weinbach, sowie die Stadtverordneten Weidemann (SPD), Köster (Marburger Linke), Jannasch (CDU), Wüst (FDP), Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Uchtmann (MBL).

Während der Aussprache hat von 20:17 Uhr bis 20:20 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, FDP und BfM sowie bei Nein-Stimmen von CDU, MBL und Piraten folgenden Beschluss:

Das dargestellte Konzept mit einem Kostenvolumen von 16,3 Mio. € netto ist Grundlage für den weiteren Planungsprozess. Das Raumprogramm wird genehmigt.

zu 9

**Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der
Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg mbH (SEG)
Vorlage: VO/0199/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

SPD-Fraktion:
Heinrich Löwer
Sonja Sell

CDU-Fraktion:
Karin Schaffner
Reinhold Becker
Roger Pfalz
Hermann Heck
Wieland Stötzel

Bündnis 90/Die Grünen:
Dr. Christa Perabo
Johanna Busch

Marburger Linke:
Tanja Bauder-Wöhr

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die schriftlichen und geheimen Wahlen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge durchzuführen.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung werden keine weiteren Wahlvorschläge vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft alle Stadtverordneten zur schriftlichen und geheimen Wahl auf. Als Wahlhelfer sind tätig die Stadtverordneten Meyer (SPD), Kissel (CDU) und Neuwohner (B90/Die Grünen).

Nach Abschluss des schriftlichen und geheimen Wahlgangs gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 58 Stadtverordnete beteiligt.

Gültige Stimmen: 58

davon entfielen auf die Wahlvorschläge folgende Stimmen:

SPD: 22 Stimmen = 2 Sitze

CDU: 19 Stimmen = 2 Sitze

Grüne: 13 Stimmen = 1 Sitz

Marburger Linke: 4 Stimmen = 1 Sitz

Folglich sind im Aufsichtsrat der Stadtentwicklungsgesellschaft folgende Bewerber gewählt:

Heinrich Löwer (SPD)

Sonja Sell (SPD)

Karin Schaffner (CDU)

Reinhold Becker (MBL)

Dr. Christa Perabo (B90/Die Grünen)

Tanja Bauder-Wöhr (Marburger Linke)

**zu 10 Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Marburg Tourismus und Marketing GmbH (MTM)
Vorlage: VO/0201/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung für die zu wählenden vier Mitglieder folgende Wahlvorschläge der Fraktionen vor:

SPD-Fraktion:

Erhard Dettmering

Ursula Schulze-Stampe

CDU-Fraktion:

Manfred Jannasch

Roger Pfalz

Anni Röhrkohl

Karin Schaffner

Philipp Stompfe

Bündnis 90/Die Grünen:

Sabine Köhler

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat den Beschluss gefasst, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Wahlen schriftlichen und

geheimen mit vorbereiteten Stimmzetteln durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft alle Stadtverordneten zur schriftlichen und geheimen Wahl auf. Als Wahlhelfer sind tätig die Stadtverordneten Meyer (SPD), Kissel (CDU) und Neuwohner (B90/Die Grünen).

Nach Abschluss des schriftlichen und geheimen Wahlgangs gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 58 Stadtverordnete beteiligt.

Abgegebene gültige Stimmen: 56
ungültige Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

Davon entfielen auf die Wahlvorschläge folgende Stimmen:

SPD: 24 Stimmen = 2 Sitze
CDU: 19 Stimmen = 1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen: 13 Stimmen = 1 Sitz

Somit sind in dem Aufsichtsrat der MTM folgende Bewerber gewählt worden:

Erhard Dettmering (SPD)
Ursula Schulze-Stampe (SPD)
Manfred Jannasch (CDU)
Sabine Köhler (B90/Die Grünen)

**zu 11 Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
hier: Wahl von zwei Mitgliedern
Vorlage: VO/0205/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 12 Wahl von Mitgliedern der Betriebskommission des Eigenbetriebes
"Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg"
Vorlage: VO/0206/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 13 Wahl eines Vertreters / einer Vertreterin und eines Stellvertreters /
einer Stellvertreterin für die Versammlung des
Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke
Vorlage: VO/0209/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke).

In der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschuss lagen folgende Wahlvorschläge vor:

SPD-Fraktion:
Norbert Schüren

Bündnis 90/Die Grünen:
Reinhard Karasek

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, Vertreter und Stellvertreter im offenen Wahlgang durch Handzeichen zu wählen. Schriftliche Wahl wurde nicht beantragt.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird geheime Wahl nicht gewünscht.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über jede zu besetzende Position separat abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Norbert Schüren wird als Vertreter der Universitätsstadt Marburg in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

Reinhard Karasek wird als Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

**zu 14 Wahl eines Vertreters / einer Vertreterin und eines Stellvertreters / einer Stellvertreterin für den Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke
Vorlage: VO/0210/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung für den zu wählenden Vertreter und Stellvertreter für den Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke folgende Wahlvorschläge vor:

Bündnis 90/Die Grünen:
Bürgermeister Dr. Franz Kahle

SPD-Fraktion:
Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach (stellvertretendes Mitglied)

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen offen durch Handzeichen durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt offen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Bürgermeister Dr. Franz Kahle wird als Vertreter der Universitätsstadt Marburg in den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst weiterhin folgenden Beschluss:

Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach wird einstimmig als Stellvertreterin in den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

**zu 7 Verleihung des Ehrentitels "Stadtältester"
Vorlage: VO/0237/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herrn Dr. Reimer Wulff wird in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um die Allgemeinheit - insbesondere der Universitätsstadt Marburg - der Ehrentitel „Stadtältester“ verliehen.

**zu 15 Benennung und Wahl von Mitgliedern des Beirates der Volkshochschule
Vorlage: VO/0219/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 16 Benennung und Wahl von Mitgliedern der Schulkommission
Vorlage: VO/0220/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 17 Wahl des Forensikbeirats
Vorlage: VO/0244/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 18 Wahl von Mitgliedern in den Vorstand der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0248/2011**

Die Vorlage wird vertagt bis zum August.

**zu 19 Wahl der Mitglieder des Wahlvorbereitungsausschusses gemäß § 42
HGO
Vorlage: VO/0304/2011**

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet zur Vorlage. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27. Mai den Beschluss gefasst, einen besonderen Wahlvorbereitungsausschuss für die Vorbereitung der Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in und Stadtrat/Stadträtin) in der Stärke von 13 Mitgliedern zu bilden. Die Mitglieder sind gemäß § 55 HGO zu wählen. Wenn sich alle Stadtverordneten bei einer Wahl, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen wäre, auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt haben, ist der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Annahme dieses Wahlvorschlages ausreichend. Dies ist der Fall.

Der einheitliche Wahlvorschlag der Stadtverordnetenversammlung enthält folgende Mitglieder des Wahlvorbereitungsausschusses:

Ulrich Severin
Sonja Sell
Marianne Wölk
Björn Backes
Philipp Stompfe
Karin Schaffner
Roger Pfalz
Dr. Christa Perabo
Dr. Elke Therre-Staal
Jan Sollwedel
Jan Schalauske
Wilfried Wüst
Andrea Suntheim-Pichler

Weitere Wahlvorschläge werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen gemeinsamen Wahlvorschlag offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Wahlvorbereitungsausschuss für die Wahl von hauptamtlichen Stellen gem. § 42 HGO setzt sich wie folgt zusammen:

Ulrich Severin (SPD)
Sonja Sell (SPD)
Marianne Wölk (SPD)
Björn Backes (SPD)
Philipp Stompfe (CDU)
Karin Schaffner (CDU)
Roger Pfalz (CDU)
Dr. Christa Perabo (B90/Die Grünen)
Dr. Elke Therre-Staal (B90/Die Grünen)
Jan Sollwedel (B90/Die Grünen)
Jan Schalauske (Marburger Linke)
Wilfried Wüst (FDP)
Andrea Suntheim-Pichler (BfM)

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass die konstituierende Sitzung des nun gebildeten Wahlvorbereitungsausschusses am Mittwoch, dem 22. Juni um 17 Uhr im Rathaus, Magistratssitzungszimmer stattfindet. Die Einladungen zu dieser Sitzung werden den Mitgliedern ausgehändigt.

zu 20 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 20.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Radfahrersituation Rudolphsplatz - Universitätsstraße Vorlage: VO/0192/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, eine Überprüfung der Radfahrersituation
Rudolphsplatz - Universitätsstraße (auf Höhe des Schlossbergcenters/H&M)
in beiden Richtungen zu veranlassen.**

zu 21 Dringlichkeitsanträge

zu 21.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Schließung der Geschäftsstelle Einhausen der Volksbank Mittelhessen

Vorlage: VO/0315/2011

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Geschäftsstelle Elnhausen der Volksbank Mittelhessen nicht zum 30. Juni 2011 geschlossen und zum 1. Juli 2011 mit der Geschäftsstelle Niederweimar fusioniert.

**zu 21.2 Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Mautpflicht B3/B3a
Vorlage: VO/0314/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert sich umgehend und nachdrücklich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die B3 bzw. B3a nicht von der Mautpflicht für LKW ausgenommen bleibt.

zu 22 Anträge der Fraktionen

**zu 22.1 Antrag der MBL-Fraktion betr. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: VO/0214/2011**

Die MBL-Fraktion beantragt die Vertagung des Antrages bis zum August, um die angemeldete Aussprache durchführen zu können.

Der Antrag wird vertagt.

**zu 22.2 Antrag der MBL-Fraktion betr. Einrichtung kostenloser Parkplätze für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/0281/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Zur Unterstützung des nationalen Entwicklungsplanes Elektromobilität der Bundesregierung soll der Magistrat prüfen, ob und wenn ja wie im Innenstadtbereich Marburg kostenlose Parkplätze für Elektrofahrzeuge eingerichtet werden können. Die Standorte sollen so gewählt werden, dass sie später mit Ladestation ausgerüstet werden können, die ein Aufladen aus Strom

mit erneuerbaren Energien ermöglicht.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese geänderte Fassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Zur Unterstützung des nationalen Entwicklungsplanes Elektromobilität der Bundesregierung soll der Magistrat prüfen, ob und wenn ja wie im Innenstadtbereich Marburg kostenlose Parkplätze für Elektrofahrzeuge eingerichtet werden können. Die Standorte sollen so gewählt werden, dass sie später mit Ladestation ausgerüstet werden können, die ein Aufladen aus Strom mit erneuerbaren Energien ermöglicht.

**zu 22.3 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD/Marburger Linke betr. Ausstieg aus der Atomenergie
Vorlage: VO/0284/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

"Die Marburger Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderungen der Marburger Bürgerinnen und Bürger, die jeden Montag demonstrieren, nach dem schnellstmöglichen, vollständigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und fordert Bundesregierung und Bundestag auf, alle notwendigen Maßnahmen für den Atomausstieg einzuleiten

Darüber hinaus wird die hessische Landesregierung als Aufsichtsbehörde aufgefordert, die Atomreaktoren Biblis A und B sofort auf Dauer stillzulegen."

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den geänderten Antragstext zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderungen der Marburger Bürgerinnen und Bürger, die jeden Montag demonstrieren, nach dem schnellstmöglichen, vollständigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und fordert Bundesregierung und Bundestag auf, alle notwendigen Maßnahmen für den Atomausstieg einzuleiten

Darüber hinaus wird die hessische Landesregierung als Aufsichtsbehörde aufgefordert, die Atomreaktoren Biblis A und B sofort auf Dauer stillzulegen.

zu 22.4 Antrag der SPD-Fraktion betr. Barrierefreier Zugang zum Bürgerhaus Bauerbach
Vorlage: VO/0285/2011

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er soll zunächst dem Ortsbeirat des Stadtteils Bauerbach zur Stellungnahme zugewiesen werden.

Der Antrag wird zurückgestellt und an den Ortsbeirat Bauerbach mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen.

zu 22.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stelle eines Sozialplaners
Vorlage: VO/0297/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die Vorlage wurde zurückgestellt, bis ein Votum des Sozialausschusses als Fachausschuss vorliegt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück, um ein Votum des Sozialausschusses einzuholen. Dann erfolgt die erneute Beratung auch im Haupt- und Finanzausschuss.

zu 23 Kennntnisnahmen

zu 23.1 Einbahnstraßenregelung Jägerstraße / Gutenbergstraße
Vorlage: VO/0016/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die bisherige Einbahnstraßenregelung in der Jägerstraße und unteren Gutenbergstraße beibehalten wird.

zu 23.2 Schlussbericht des Prüfungsamtes zur Veruntreuung in der Beihilfestelle
Vorlage: VO/0266/2011

Zu dieser Vorlage ist Aussprache angemeldet. Sie wird vertragen bis zur August-Sitzung, um sodann die Aussprache durchführen zu können.

**zu 23.3 Konzept zur Reorganisation des Prüfungsamtes
Vorlage: VO/0290/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Konzept zur Reorganisation des Prüfungsamtes zur Kenntnis.

**zu 23.4 Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrollmechanismen in allen zahlungsrelevanten Bereichen der Stadtverwaltung Marburg
Vorlage: VO/0296/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt

1. vom anhängenden Prüfplan des Prüfungsamtes sowie
2. den Überlegungen zur Einführung eines Compliance-Management-Systems für die Stadtverwaltung Marburg

Kenntnis.

**zu 23.5 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.03.2011
Vorlage: VO/0283/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der beiliegenden Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets Kenntnis.

**zu 23.6 Bestattungen unter Beteiligung der Ordnungsbehörde
Vorlage: VO/0295/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die nachstehende Regelung für Bestattungen unter Beteiligung der Ordnungsbehörde zur Kenntnis.

**zu 23.7 Änderung der Hessischen Landkreisordnung; Steigt die Kreisumlage in unbegrenzte Höhen?
Vorlage: VO/0301/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem beiliegenden Schreiben des Hessischen Städtetages vom 01.06.2011 Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21.15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringliche Anträge
Schriftliche Beantwortungen von kleinen Anfragen

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dietmar Göttling
Stresemannstr. 40

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 13

**Bereits vor 2 Jahren haben die Stadtwerke den Bunker für eine Holzhackschnitzel-feuerung (HHS) an der Adolf-Reichwein-Schule gebaut. Die entsprechende Heizungsanlage fehlt aber wohl immer noch. Sind dem Magistrat Hintergründe bekannt?
Wer hat den HHS-Bunker bezahlt?**

Sehr geehrter Herr Göttling,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In der Adolf-Reichwein-Schule ist die Erweiterung der Wärmeerzeugungsanlage um einen Grundlast Holzhackschnitzelkessel vorgesehen. Die Fertigstellung der Anlage hat sich verzögert, da noch wesentliche Komponenten der Bestandanlage ertüchtigt und erneuert werden mussten. Hierbei wurde ein Gas-Brennwert-Kessel nachgerüstet und eine Kaminsanierung durchgeführt. Die Holzhackschnitzelanlage wird in diesem Sommer fertiggestellt, sodass zur kommenden Heizperiode auch die Holzhackschnitzelanlage in Betrieb gehen kann.
Der Holzhackschnitzel-Bunker ist Teil der Feuerungsanlage und wurde von den Stadtwerken Marburg GmbH errichtet und finanziert.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Andrea Suntheim-Pichler
Rotenberg 1

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 14

Sind noch rechtzeitig zur diesjährigen Freibadsaison oder spätestens zur Saison 2012 vergünstigte Eintrittsangebote wie z.B. Zehnerkarten, Dauer- oder Saisonkarten o.ä. für den Freibadbereich und/oder den Hallenbadbereich geplant oder angedacht?

Sehr geehrte Frau Suntheim-Pichler,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Entgeltordnung für das AquaMar sieht statt „Zehnerkarten“ bzw. „Dauer- oder Saisonkarten“ Zeitwertkarten als Vergünstigung vor. Bei einer Aqua-Fun-Karte im Wert von 50 Euro wird ein Rabatt von 10 Prozent gewährt, bei einer AquaMar-Fun-Karte im Wert von 100 Euro ein Rabatt in Höhe von 15 Prozent. Die Zeitwertkarten sind für Hallenbad, Freibad und Saunaanlage nutzbar.

Zudem gilt während der hessischen Schulsommerferien das Kombi-Ticket, wonach zum Freibadpreis Freibad und Halle nutzbar sind (z.B. Familienkarte bis zu 6 Personen für 7 Euro). Nicht zuletzt haben Kinder, die einen Ferienpass der Jugendförderung erwerben, während der Sommerferien freien Eintritt ins AquaMar.

Weitere vergünstigte Eintrittspreise sind nicht geplant.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Magdeburger Str. 8e

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 15

Welche Erweiterungen sind im Bereich der Kindertagesbetreuung (inkl. U3) für 2011 und 2012 in Betrieb genommen worden bzw. sind geplant?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Erweiterungen ergeben sich durch Neubaumaßnahmen und Platzumwandlungen. In 2011 sind bislang folgende Erweiterungen realisiert worden – Krippe Zappelphilipp - bzw. werden nach Beginn des neuen KiTa-Jahres in der 2. Jahreshälfte 2011 umgesetzt:

- Anbau Zappelphilipp 10 zusätzliche Krippenplätze (bereits im März 2011 eröffnet)
- Zentrum für medizinische Lehre 40 Krippenplätze, 20 KiTa-Plätze
- KiTa Erfurter Str. nach Umbau und Sanierung 5 Familien-
gruppen mit max. 90 Plätzen
- KiTa Goldberg: Ausweitung der Ganztagsplätze von 15 auf 30
durch Umwandlung von Mittagsplätzen
- KiTa Höhenweg von 20 auf 30 Ganztagsplätze
- KiTa Am Teich an 2 Nachmittagen Ganztags, bisher kein
Ganztagsangebot
- KiTa Einhausen 15 Ganztagsplätze, bisher kein
Ganztagsangebot
- KiTa Michelbach (Friedrich-Fröbel) 15 Ganztagsplätze durch Umwandlung
von Halbtagsplätzen, bisher nur an einem Nachmittag
geöffnet.
- KiTa Graf-von-Staufenberg Ausweitung der Ganztagsplätze von 20 auf 45
durch Wegfall Schulkinderbetreuung und
Umwandlung Halbtagsplätze
- KiTa Emil-von-Behring Ausweitung von 30 auf 45 Ganztagsplätze
durch Umwandlung Halbtagsplätze
- KiTa Zur Aue Umwandlung von 10 Halbtags- in Mittags-
plätze, dadurch Ausweitung von 10 auf 20
Mittagsplätze

Für 2012 sind folgende Maßnahmen geplant:

- KiTa Gerhart-Hauptmann Neubau der Einrichtung mit Schaffung einer Krippengruppe und Ausweitung der Ganztagsplätze
- KiTa Damaschkeweg Anbau einer Krippengruppe mit 10 Plätze
- KiTa Am Teich Anbau einer 3. KiTa-Gruppe

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Magdeburger Str. 8e

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011
hier: Frage Nr. 16

Welche Erweiterungen sind im Bereich der Schülernachmittagsbetreuung für 2011 und 2012 in Betrieb vorgenommen worden bzw. sind geplant?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zum Schuljahr 2010/11 wurden Erweiterungen sowohl bei den Öffnungszeiten als auch bei der Anzahl der Plätze vorgenommen.

Zeitliche Erweiterungen haben stattgefunden an der Tausendfüßler-Schule und der Grundschule Cyriaxweimar (bis 15 Uhr mit Mittagsversorgung).

Zusätzliche Plätze wurden geschaffen in der Grundschule Cyriaxweimar, in der Gerhart-Hauptmann-Schule, der Waldschule Wehrda sowie der Grundschule Marbach und Michelbach.

Insgesamt waren mit Stand vom 27.08.2010 im Schuljahr 2009/10 865 Kinder in allen Betreuungsangeboten angemeldet (einschließlich Freie Träger), dies waren 112 angemeldete Kinder mehr als im vorhergehenden Schuljahr.

Für das Schuljahr 2011/12 befindet sich der Fachdienst noch in der Umsetzung von Erweiterungen. Es werden folgende Erweiterungen vorgenommen:

Zusätzliche Erweiterungen mit Gruppen bis 17 Uhr an der
Theodor-Heuss-Schule,
GS Marbach
und Gerhart-Hauptmann-Schule.

Zusätzliche Gruppen bis 15 Uhr an der
GS Michelbach und Erich Kästner-Schule

Eine vollständige Darstellung der Betreuungsangebote im Schuljahr 2011/12 wird es - wie bisher jedes Jahr – im Oktober 2011 vom Fachdienst Schule geben.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete

Johanna Seelig
Lönsweg 13

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 17

Das AST ist für die Stadtteile eine gute Einrichtung. Leider werden Fahrgäste, trotz eines rechtzeitigen Anrufes, immer wieder abgewiesen. Werden diese Vorfälle registriert? An welchen Tagen und zu welcher Uhrzeit kommt dies vor?

Sehr geehrte Frau Seelig,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das AST wurde vor ca. 18:00 Uhr für die Außenstadtteile eingeführt, damit die Bürgerinnen und Bürger dort auch am Abend und am Wochenende die Gelegenheit erhalten, ohne eigenes Fahrzeug in die Innenstadt oder auch von der Innenstadt wieder in ihren Wohnort zu gelangen. Um eine reibungslose Disposition zu erreichen, werden die Fahrgäste gebeten mindestens 30 Minuten vor der gewünschten Abfahrtszeit das Fahrzeug zu bestellen.

Der erfolgte Anruf führt in der Regel zur Reservierung eines Fahrgastplatzes für die gewünschte Verbindung. Nach Auskunft der AST-Disposition kann es jedoch in seltenen Fällen dazu kommen, dass die gewünschte Verbindung nicht dargestellt werden kann, da alle vorhandenen Fahrzeuge besetzt sind. In diesem Falle werden die Fahrgäste höflich auf ein nächstes freies AST verwiesen. Eine Dokumentation dazu liegt nicht vor, da dieses Ereignis maximal einmal pro Woche vorkommt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten

Dominic Dehmel
Blumengarten 9

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 18

Ich würde gerne wissen, wann die Deichsanierung vor der Mensa (Erlenring) abgeschlossen ist? Wann kann man wieder den Fußweg auch über die Mensabrücke benutzen?

Sehr geehrter Herr Dehmel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Fertigstellung Deichsanierung

Zwischen der neuen Mensaterrasse und dem neuen Deichkronenweg an den Wohnappartements entsteht eine Rampenanlage mit zusätzlichen Treppen. Der Rohbau (Stahlbetonbau) wird Mitte August fertig sein. Darauf kommt eine Stahlkonstruktion die auch als Wegeeinfassung fungiert. Diese kann erst nach Fertigstellung des Rohbaus in Auftrag gegeben werden. Deshalb wird sich die Fertigstellung der Oberflächen bis maximal Ende Oktober herausziehen.

2. Führung des Geh- und Radverkehrs

Nach dem Abschleifen (Grinding) des Asphalttes auf der Mensaterrasse am 6. und 7. Juni 2011 läuft die Verkehrsführung wieder „normal“ über den Herrmann-Cohen-Weg und die Abendrothbrücke. Nur für die Fertigstellung des Herrmann-Cohen-Weges nördlich der Mensaterrasse, etwa Anfang Oktober, muss dieser Abschnitt noch mal für ca. 1 Woche gesperrt werden. Die Abendrothbrücke bleibt davon unberührt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete

Dr. Claudia Röder
Sonnenhang 21

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 19

Ist es dem Magistrat möglich, bei der nächsten Kommunalwahl – bei der naturgemäß wieder viele einzelne Stimmen vergeben werden – mehr Wahlkabinen in den einzelnen Lokalen aufzustellen? In einigen Wahllokalen kam es zu erheblichen Staus, diese könnten vermieden werden.

Sehr geehrte Frau Dr. Röder,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zunächst ist festzustellen, dass neben den Kommunalwahlen im März 2011 noch Stimmzettel für die Direktwahl des Oberbürgermeisters und für die Volksabstimmung anzukreuzen waren.

Daher stand bereits bei dieser Kommunalwahl in jedem Wahllokal auf Wunsch der Wahlvorsteher eine zusätzliche Wahlkabine zur Verfügung. Weitere konnten bei Bedarf nachgeliefert werden, wovon jedoch nur in 2 Fällen Gebrauch gemacht wurde.

Da die Wahlvorsteher die im Wahllokal herrschenden Platzverhältnisse kennen, wird das Wahlamt mit diesen absprechen, wie viel Wahlkabinen im Wahllokal aufgestellt werden können.

Staus werden jedoch zu bestimmten Zeiten auch mit mehr Wahlkabinen nicht zu verhindern sein.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete

Dr. Claudia Röder
Sonnenhang 21

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 20

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wie viele 17 Uhr-Plätze in der Kinderbetreuung in der Stadt Marburg vorhanden sind und wie groß der Bedarf ist?

Sehr geehrte Frau Dr. Röder,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der von der Stadtverordnetenversammlung im November 2010 beschlossene Kinderbetreuungsausbauplan zeigt, dass der Anteil der Ganztagsplätze – d.h. eine Betreuung von mindestens 7 Stunden täglich – in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Der Bericht stellt aber auch fest, dass zum einen der Bedarf an Ganztagsplätzen insbes. in der Kernstadt noch nicht ausreichend abgedeckt werden kann und dass ferner die Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr ausgeweitet werden müssen, um eine flexible Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Deshalb wurden und werden weiterhin zwei Verbesserungen zügig umgesetzt: zum einen die Umwandlung von Halbtags- in Ganztagsplätze – Ziel ist es, den Anteil der Halbtagsplätze auf rd. 20 bis 25% an allen KiTa-Plätzen zu reduzieren – zum anderen die Ausweitung der Betreuungszeiten bei den Ganztagsplätzen von 7 bis 17 Uhr.

Die bisherige Ausweitung auf eine durchgehende zehnstündige Betreuung von 7 bis 17 Uhr erfolgte vor allem in zwei Schritten zu Beginn des KiTa-Jahres 2009/10 – hier vorrangig bei den Einrichtungen in freier und kirchlicher Trägerschaft – und zu Beginn des KiTa-Jahres 2010/11, als eine Reihe von städtischen KiTas nachzog. Inzwischen werden rd. 580 KiTa-Plätze und rd. 100 Krippen-Plätze U3 bis 17 Uhr angeboten. Im KiTa-Bereich entspricht dies rd. einem Drittel aller Plätze. Mit Beginn des neuen KiTa-Jahres 2011/12 werden durch die weitere Umwandlung von Halbtags- oder Mittagsplätzen in Ganztagsplätze zusätzliche Plätze bis 17 Uhr entstehen, so z.B. vor allem in Cappel und Marbach.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anni Röhrkohl
Am Schlag 5a

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011
hier: Frage Nr. 21

Wie viele Elektrofahrzeuge sind in Marburg gemeldet?

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nach Auskunft der Zulassungsstelle ist in Marburg ein Elektrofahrzeug gemeldet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Hannelore Gottschlich
Oberer Eichweg 35

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 22

Warum waren beim Austauschprogramm mit Poitiers nur die drei Offiziellen und Marburger Offiziellen, aber keiner der sechs angereisten Bürger aus Poitiers wenigstens einmal beim Hafenfest eingeladen?

Sehr geehrte Frau Gottschlich,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die sechs genannten Gäste aus Poitiers, die auf Einladung der Marburger Volkshochschule in Marburg weilten, waren per schriftlichem Besuchsprogramm auch zu allen Aktivitäten des Hafenfestes einschließlich der Eröffnung eingeladen. Sie nahmen auch alle an der Hafenfest-Eröffnung und dem anschließenden Konzert der Poiteviner Musikgruppe „MAZAL“ teil und machten sich mit fröhlichem Klatschen bemerkbar.

Dass sie nicht bei den Eröffnungsansprachen auf der Flussbühne selber sein konnten, war eine reine Platzfrage. Neben dem 35-köpfigen VfL Blasmusik-Orchester war es selbst für die genannten „Offiziellen“ äußerst eng auf der Flussbühne.

Im Übrigen waren alle Poiteviner Gäste von ihrem Marburg-Besuch regelrecht begeistert. Herr Franck Rigolle, Direktor der Stadtplanung in Poitiers, baute in seinem Vortrag am Montagabend nach dem Hafenfest sogar spontan seine positiven Marburger Impressionen in seinen Vortrag über Stadtplanung in Poitiers ein.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstraße 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 23

Welche Leistungen und wie viele Betriebsstunden haben die einzelnen Windkraftanlagen in Wehrda in 2009 und 2010 erwirtschaftet?

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Windkraftanlagen in Wehrda, haben in den Jahren 2009 und 2010 zusammen 5.744.948kWh in das Stromnetz eingespeist.

Diese elektrische Arbeit teilt sich im einzelnen wie folgt auf:

WKA 1 (FL291): 964.604kWh mit durchschnittlich 800 Volllaststunden

WKA 2 (FL259): 2.564.321kWh mit durchschnittlich 855 Volllaststunden

WKA 3 (FL258): 2.216.023kWh mit durchschnittlich 740 Volllaststunden

Die niedrigen Volllaststunden korrespondieren mit den vergangenen zwei „schlechten“ Windjahren.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Wolfram Schäfer
Friedrich-Naumann-Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 24

In Bortshausen in zum Unmut einiger Bürgerinnen und Bürger ein früher in Marburg, später in Neustadt aufgestelltes ca. 3 Meter hohes und wuchtiges Kriegerdenkmal wieder errichtet worden. Dieses Denkmal hat keinerlei Bezug zu dem jetzigen Aufstellungsort. Kann der Magistrat die Hintergründe der Aufstellung aufklären? Hat der Magistrat das Vorhaben unterstützt? Sind denkmalrechtliche und baurechtliche Bestimmungen beachtet worden? Sind Bürgerschaft und Ortsbeirat in die Aufstellung einbezogen worden?

Sehr geehrter Herr Schäfer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der erste Vorsitzende der Marburger Jägervereinigung hat beim Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur vor einigen Monaten (Datum unbekannt) vorgesprochen und darum gebeten, in einer öffentlichen Grünanlage oder auf dem Hauptfriedhof ein Denkmal aus Neustadt aufstellen zu dürfen. Nach Vorlage eines Fotos und unter Kenntnis der in Marburg sehr kontrovers geführten öffentlichen Diskussion um die „Kameradschaft Marburger Jäger“ wurde vom Fachdienst eine Aufstellung auf den vorgeschlagenen Flächen nicht in Aussicht gestellt.

In diesem Gespräch sprach der Vorsitzende von einem Vereinshaus im Besitz des Vereins in Bortshausen, zu dem auch Freiflächen gehören. Vom Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur wurde eine Überprüfung durch die Eigentümer auf Aufstellen des Denkmals auf diesen Privatflächen angeregt. Gleichzeitig wurde auf mögliche notwendige Genehmigungen oder Absprachen insbesondere mit dem Ortsbeirat (Ortsvorsteher) hingewiesen, die jedoch vom Vorhabenträger zu veranlassen seien.

In bau- und denkmalrechtlicher Hinsicht ist das Denkmal nach einer ersten Einschätzung nicht relevant.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Elke Therre-Staal
Schückingstraße 23

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 25

Ist dem Magistrat bekannt, dass die auf dem Parkplatz an der Schützenstraße aufgestellten Glascontainer ständig überfüllt sind und das Problem durch unterirdische Sammelbehälter (Unterflur-Glascontainer) behoben werden könnte?

Sehr geehrte Frau Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Sachlage ist grundsätzlich bekannt. Das Problem der überfüllten Glascontainer an dieser und anderen Standorten stellt sich zeitweise - insbesondere nach dem zum Januar 2011 erfolgten Wechsel des Einsammlungsbetriebes (früher Mittelstädt, jetzt SITA).

Die Umstellung des Einsammlungsbetriebes brachte verständlicherweise Abstimmungsprobleme mit sich, da die disponierenden Anleiter wie die eingesetzten Fahrer keine Kenntnis über Sammlungsintervalle mitbrachten. Anfangs war SITA von wöchentlichen bis 14-täglichen Entleerungen ausgegangen.

Die Wirklichkeit in Marburg ist anders: in der Regel sind alle innerstädtischen Behältnisse 2-3 Mal wöchentlich, teilweise sogar täglich zu leeren. Dies insbesondere vor und nach Feiertagen.

Der FD Straßenverkehrsbehörde verfolgt inzwischen regelmäßig überfüllte Glascontainer und droht Ersatzvorname an. Seitdem nehmen die Probleme deutlich ab.

Landkreis:

Der für den Landkreis Marburg Biedenkopf zuständige ALF (kreiseigener Betreib: Abfallwirtschaft Lahn-Fulda – früher BefA) sammelt derzeit Beschwerden aus den Kreiskommunen, denn das Problem der unzureichenden Entleerung wurde auch aus anderen kreisangehörigen Kommunen gemeldet. Im Juli werden die FD 33 und 67 Ihre Stellungnahme zusammentragen und gemeinsam der ALF übergeben.

Unterflursysteme

Unterflursysteme können natürlich eine gute Lösung für die Glassammlung darstellen.

Zudem passen sie sich gut in den Straßenraum ein und können aufgrund ihrer Geräuscharmheit sogar in Gebieten zum Einsatz kommen, in denen vorher keine Glassammlung möglich war. Deshalb werden auch im Innenstadtgebiet zunehmend die Stellplätze durch Unterflursysteme ergänzt oder umgebaut.

Aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten (je Stellplatz 15-20 TE) kann der Umbau/-Ausbau aber nur sukzessiv erfolgen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -**

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Wolfram Schäfer
Friedrich-Naumann-Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 26

Ist dem Magistrat bekannt, dass bei den Unterflurcontainern neben dem Archiv am Friedrichplatz an der Ecke zur Wilhelmstraße die Einfüllstutzen verkehrt herum montiert sind, so dass die fachgerechte Entsorgung von Wegwerfflaschen nicht gewährleistet ist?

Sehr geehrter Herr Schäfer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Öffnungen der Einfüllstutzen sollen auf den Fußweg weisen. So sind die Container konzipiert und gebaut.

Nach Wechsel Einsammlers zum Januar 2011 (früher Mittelstädt, heute SITA) haben sich leider Veränderungen ergeben, die teilweise nicht verständlich sind. Aktuell sind die Behältnisse in der Friedrichstraße tatsächlich anders eingesetzt, als ursprünglich konzipiert. Zudem sind die Einfüllstutzen beschädigt.

Der Einsammler wird aufgefordert, die Behältnisse bei der nächsten Entleerung wieder zu drehen und in der richtigen Richtung einzusetzen.

Die Reparaturen werden baldmöglichst beauftragt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Elke Therre-Staal
Schückingstraße 23

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 27

Ist dem Magistrat bekannt, ob im Rahmen der geplanten Bebauung zu beiden Seiten der Alten Kasseler Straße (Kleingartengelände der Bahnlandwirtschaft und Gärtnerei der Universität) ausreichend Sport- und Spielflächen, z. B. ein Bolzplatz als Freizeitgelände für die zukünftigen Bewohner (Studenten und Familien) und alle übrigen Bewohner am Ortenberg berücksichtigt werden bzw. mit den künftigen Bauträgern/Investoren (www.sunds24.de) abgesprachen ist?

Sehr geehrte Frau Dr. Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zunächst ist festzuhalten, dass für die ehemaligen Bahnflächen westlich der Alten Kasseler Straße die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Entwicklung der ehemals planfestgestellten Bahnflächen im Zuge der aktuell aushängenden Bauleitpläne dargestellt sind. Diese wiederum spiegeln die Zielsetzungen der Stadtverordnetenbeschlüsse aus dem Jahr 2007 zur Aufstellung der Bauleitpläne wieder: gewerbliche Entwicklung inklusive Nahversorger unter Berücksichtigung des Bestandes für den Bereich nördlich des Jägertunnels; südlich des Jägertunnels die Ausweisung einer Wohnbaufläche sowie die Sicherung der Obstbaumplantage und die Bereitstellung von Flächen für die Herstellung einer durchgängigen Fuß-/Radwegverbindung in Richtung Waggonhalle. Insbesondere im Zusammenhang mit der künftigen Wohnbaufläche erscheint eine Berücksichtigung eines Bolzplatzes auf Kosten des insgesamt knapp 1 ha bemessenden Bruttobaulandes hier nicht verhältnismäßig.

Zur Steuerung der Entwicklung der Fläche der ehemaligen Gärtnerei des Botanischen Gartens zwischen Alter Kasseler Straße und Schützenstraße wurde ebenfalls – in Reaktion auf die Vermarktungsbemühungen der Philipps-Universität - die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im Januar 2011 beschlossen. Das Verfahren selbst stockt, da nicht klar ist, ob das Grundstück (aufgrund besonderer Umstände) tatsächlich verkauft werden kann. Im Zuge der Ausarbeitung des weiteren Entwurfs wird geprüft werden, ob und wie ein Bolzplatz inmitten der umgebenden Wohnbebauung auf bewegter Topographie integriert werden kann.

Unabhängig von den beiden in der Anfrage beschriebenen Flächen sollte veranlasst werden, den vorhandenen Sportplatz an der Schützenstraße im Hinblick auf seine räumliche Potentiale und Zugänglichkeit näher zu untersuchen. Ebenfalls wird die Fragestellung im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ (Waldtal) aufgenommen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 28.06.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Sollwedel
Schlostreppe 7

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 17.06.2011

hier: Frage Nr. 28

Ist dem Magistrat bekannt, ob eine Befestigung der Wege vom Studentendorf und der Geschwister-Scholl-Straße zur Bushaltestelle Studentendorf an der Panoramastraße geplant ist, insbesondere im Hinblick auf die Kinder des Waldtals, die diesen Weg als Schulweg nutzen?

Sehr geehrter Herr Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Nachtragshaushalt 2010/2011 wurden im Produkt Verkehrsanlagen (666010) auf der Investitionsnummer Bau von Fuß- und Radwegen (1661.016.9) 50.000 € für die Erneuerung des Weges vom Studentendorf zur Bushaltestelle an der Panoramastraße angemeldet. Vereinbarungen mit Hessen-Forst und dem ASV Marburg sind in Arbeit, da sich diese Zuwegung überwiegend nicht im Eigentum aber in der Verkehrssicherung der Stadt Marburg befindet.

Wenn die beantragten Mittel zur Verfügung gestellt und freigegeben werden, kann die Erneuerung des Weges vom Studentendorf zur Bushaltestelle veranlasst werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister